

(wir beziehen uns dabei zum Teil auf schon früher Ausgeführtes): Um den Weltmarkt für die deutschen Tributleistungen überhaupt aufnahmefähig zu machen, muß in den noch weniger entwickelten, kapitalbedürftigen Ländern entsprechend Kapital investiert werden. Täte das Deutschland mit eigenem oder geborgtem Kapital selbst, so drohte es der tatsächliche Gewinner des Weltkrieges zu werden. Das muß also verhindert werden. Es dürfen aber die Investitionen auch nicht den einzelnen Hauptkapitalländern überlassen werden, da sich daraus ein verschärfter Konkurrenzkampf unter ihnen entwickeln müßte, der alle Erfolge in Frage zu stellen drohte. So tritt die Überbank als neutraler Treuhänder dazwischen. Zugleich verhindert sie, indem sie für die Tribute in Deutschland alles verfügbare Kapital fortzusteuern zwingt und an sich zieht, daß Deutschland selbst neue internationale Kapitalanlagen für sich in irgendwie nennenswerten Umfang aufbauen könnte. Der Sinn der neuen Regelung ist also einfach der, daß zwar dafür gesorgt werden dürfte, die deutsche Wirtschaft in Gang zu halten, um sie fortlaufend höchstmöglich besteuern zu können — spezielle Pfänder benötigt man dabei nicht mehr —, daß aber ebenso dafür gesorgt ist, für zwei Generationen lang jede nennenswerte Steigerung des Volksreichtums auszuschließen. Alles drum und dran verschleiert diesen Kern. Ganz augenscheinlich glauben aber die Väter des Planes selbst nicht unbedingt an seine Weisheit und sein Gelingen. Was freilich werden soll, wenn er sich als praktisch undurchführbar erweist, ist nicht ausdenkbar. Die Zeit ist offenbar aber auch noch nicht reif, diese Eventualität schon ruhig und sachlich ins Auge zu fassen. Vorläufig hat, wie es scheint, bei den Franzosen zunächst einmal die Dickköpfigkeit gesiegt, mit diesem Plan, nachdem er einmal aufgetaucht war, unbedingt einen Versuch zu machen, und die deutsche Regierung hat dem nachgegeben (die Bereitschaft dazu scheint schon in einem sehr frühen Stadium der Entwicklung angedeutet worden zu sein), um sich eine Atempause zu verschaffen mit einer Erleichterung der Tributlast im Augenblick um $\frac{1}{2}$ Milliarde. Bezeichnend ist aber, daß Amerika den französischen Wünschen, einen Teil der deutschen Verpflichtungen sofort in einer Anleihe zu kommerzialisieren, augenscheinlich ablehnend gegenübersteht. Davon ist es jedenfalls sehr still geworden. Die Auswirkung des Versuches, dessen Erfolgsaussichten, wie gesagt, noch durchaus nicht voraussehbar sind, auf die innere deutsche Wirtschaft aber wird ganz davon abhängen, welche Steuer- und Sozialpolitik weiterhin getrieben wird. Bestehen die Gewerkschaften auf der unveränderten Fortsetzung des bisherigen Verfahrens unbekümmert um alle möglichen Folgen, so sind die Aussichten wenig angenehm. Es sind ja aber schon Andeutungen erfolgt, daß man an grundlegende Reformen denken will.

Die Notwendigkeit zu Reformen drängt sich auch von anderer Seite her auf. Mehr als einmal schon mußte hier auf die überaus bedenkliche Kassenlage des Reiches hingewiesen werden. Sie hat sich auch in keiner Weise gebessert. Der Mißerfolg der neuen Hilferding-Anleihe kann nicht bestritten werden. Die Ergebnisse reichen knapp hin, um die bisherigen Vorschüsse der Banken abzudecken. Was werden soll, ist noch nicht abzusehen. Hinzu kommt, daß ja auch in den Ländern fast überall die Kassenlage immer angespannter wird. Aus der Wirtschaft aber ist nichts mehr herauszuholen. Wie es dort aussieht, kennzeichnet der nachstehende letzte Monatsbericht des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe nur zu unmißverständlich:

Die Gesamtlage wurde nicht unwesentlich von den Pariser Reparationsverhandlungen beeinflusst. Der Einfluß zeigte sich vor allem auf dem Geld- und Börsenmarkt, der noch keine Erleichterung erfuhr. Bei den Produktionsgüterindustrien war der Absatz im Kohlenbergbau noch eben befriedigend. In der Eisenindustrie ließ die Beschäftigung zu wünschen übrig. In der elektrotechnischen Industrie ging der Absatz weiter zurück. Auf dem Baumarkt war die Lage uneinheitlich. Hier wirkten die unsichere Lage des Geldmarktes, die Verteuerung des Realkredits und die enge Kapitalbede auf die allgemeine Bautätigkeit hemmend ein. Die Textilindustrie zeigte nach wie vor eine wenig befriedigende Lage. Im Einzelhandel besserte sich der Absatz in Verbindung mit dem Eintritt des warmen Wetters. Die erfreu-

liche Zunahme der Ausfuhr im April, die gegenüber März um 248 Millionen Mark stieg, wurde leider durch eine erhöhte Einfuhr fast ganz ausgeglichen. Der Einfuhrüberschuß belief sich auf 24 Millionen gegenüber 38 Millionen im März. Auf dem Arbeitsmarkt ging die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um weitere 200 000 zurück.

Der ausführlichere Bericht über den Einzelhandel lautet:

Die wirtschaftliche Lage des Einzelhandels war infolge des anhaltenden Mangels an Kaufkraft größerer Bevölkerungsschichten auch weiterhin bedrängt, obwohl in einzelnen Branchen mit der wärmeren Witterung eine nicht unerhebliche Belebung eingetreten ist. Die Umsätze hielten sich überwiegend auf der Höhe des Vorjahres. Die Zahlungseingänge waren nach wie vor äußerst schleppend. Im Textilwareneinzelhandel und in der Konfektion besserte sich erwartungsgemäß das Geschäft nach Eintritt der warmen Witterung. Die erzielten Umsätze waren teilweise erheblich höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres, was wohl darauf zurückzuführen ist, daß die Kundschaft im April wegen des schlechten Wetters mit dem Einkauf von Sommerartikeln zurückgehalten und sich die Bedarfsdeckung nun auf eine verhältnismäßig kurze Zeit zusammengedrängt hat. Absatzsteigernd hat auch das Pfingstfest gewirkt. Im Schuhwareneinzelhandel sind im großen und ganzen befriedigende Umsätze erzielt worden. Das gleiche gilt von dem Eisen-, Kurz- und Haushaltswarenhandel. Insbesondere hat die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Artikeln und Gegenständen des Baubedarfs stark zugenommen. Der Umsatz in Haus- und Küchengeräten hat nach dem Pfingstfest wieder nachgelassen. Im Lebensmittelhandel trat infolge des Pfingstfestes teilweise eine Absatzsteigerung ein. Im allgemeinen ist die Lage hier aber unverändert. Mit der fortschreitenden warmen Witterung wird voraussichtlich wie in früheren Jahren ein Rückgang des Umsatzes eintreten. Die Lage des Einzelhandels mit Drogen und Farben war uneinheitlich. Teilweise trat ein Rückgang des Umsatzes ein. Im Brennstoffeinzelhandel konnte sich der Absatz etwas heben, weil die Einnahmen für den Winterbedarf bei günstigen Sommerpreisen einsetzten. Der Zahlungseingang ließ wie bisher viel zu wünschen übrig.

Das klingt teilweise ein wenig erfreulicher. Man darf sich dadurch aber über den Ernst der Lage im ganzen doch nicht hinwegtäuschen lassen. Bezeichnenderweise haben jedoch die Verschlechterungen in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt während des letzten Winters die Preisbildung bisher noch so gut wie gar nicht berührt. Die Großhandelspreise für industrielle Fertigwaren sind im Gesamtdurchschnitt nach den Feststellungen des Konjunkturforschungsinstituts seit ihrem konjunkturellen Höhepunkt im Oktober 1928 bis Anfang Mai nur um 1,6 Proz. gesunken. Die Bewegung vollzog sich auch durchaus uneinheitlich. So hat die Teuerungswelle auf den Metallmärkten während des Winters zu einer Steigerung der Produktionsmittelpreise innerhalb der industriellen Fertigwaren geführt. Zurückgegangen sind die Preise für Schuhzeug. Dabei ist vor allem die ausländische Konkurrenz und der Kampf der deutschen Schuhwarenindustrie gegen den ausländischen Wettbewerb maßgebend. Auch die Preise für Textilwaren haben nachgelassen, so u. a. die Preise für Kunstseide. Die direkte Ursache dafür ist darin zu sehen, daß das Preisstabilität in der Kunstseidenindustrie auseinanderfiel. Eine Abwärtsbewegung der Preise zeigt sich ferner in der Möbelindustrie. Von diesen Preisabflachungen hat aber der Verbraucher gar nichts gehabt. Das Konjunkturforschungsinstitut bemerkt dazu: »Bei der Entwicklung der Konsumgüterpreise im Großhandel, die nach unten gerichtet ist, ist auffallend, daß man bei den Einzelhandelspreisen eine Senkung noch nicht feststellen kann, wie dies die Gruppe Bekleidung der Lebenshaltungskostenindexziffer erkennen läßt.« Das Konjunkturforschungsinstitut führt diese Erscheinung darauf zurück, daß im Einzelhandel noch kein Zwang besteht, durch Preisherabsetzung in größerem Umfange der Nachfrage entgegenzukommen. Die breite Masse sei bei sinkendem Einkommen geneigt, statt guter Qualitäten minderwertigere Waren zu kaufen. Durch Behauptung der Konjunkturpreise wird die nachlassende Kaufkraft der breiten Masse durch stärkeren Verkauf minderwertiger Qualitäten ausgenutzt. Der sinkenden Realkaufkraft dieses Winters ist so nicht durch sinkende Preise entgegengewirkt worden. Das hängt aber offenbar auch damit zusammen, daß ein Abbau der Preise nur im Sinne